

Pressemitteilung

zum

Entschluss des Deutschen Bundestages zur Zukunft des Branntweinmonopols nach 2010

Der **Verband deutscher Alkoholhersteller und Verarbeiter e. V. (VDAV)** äußert sein Unverständnis über den Entschließungsantrag der Bundesregierung vom 29. Mai 2008 und missbilligt die getroffene Entscheidung des Eintretens der Bundesregierung vor der Europäischen Kommission für eine Verlängerung der Ausnahmegenehmigung für das deutsche Branntweinmonopol über das Jahr 2010 hinaus.

Der Deutsche Bundestag hatte in seiner 163. Sitzung am Donnerstag, den 29. Mai 2008, unter Tagesordnungspunkt 18 einen Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft des deutschen Branntweinmonopols bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig angenommen. Mit dem Antrag fordert der deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich bereits 2008 intensiv dafür einzusetzen, dass die EU-Kommission sich für eine Verlängerung der geltenden EG-Beihilferechtlichen Ausnahmeregelungen für das deutsche Branntweinmonopol um weitere 7 Jahr ausspricht. Die Zulässigkeit der Auszahlung von Ausgleichsbeträgen bei vorzeitigem Ausscheiden über das Ende der Ausnahmeregelung 2017 hinaus soll ferner durch die Kommission zugelassen werden.

Der VDAV wendet sich insbesondere aus folgenden Gründen gegen den Beschlussantrag:

1. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass eine Fortsetzung des Branntweinmonopols aus EU-rechtlicher Sicht rechtswidrig ist. Die Produktion und der Handel mit Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs sind dem Anwendungsbereich des Beihilfenrechts unterstellt, das nur Ausnahmen in einem engen, inhaltlich und zeitlich begrenztem Ausmaß vorsieht.
2. Auch dem grundsätzlich zu begrüßende Ziel, einen Beitrag zum Erhalt von Streuobstwiesen zu leisten, wird der Antrag nicht gerecht. Heute entfallen lediglich 11 % der Übernahmemengen der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein auf Obstalkohol. 89% der Übernahmemengen entfallen auf Kartoffel-/Getreidealkohol. Hierdurch wird verdeutlicht, dass bei einer Konzentration der Fördermittel auf Obstalkohol ein wesentlich größerer Beitrag für den Erhalt der Streuobstwiesen geleistet werden könnte. Des Weiteren sieht das Regelwerk der Europäischen Union im Bereich von Umweltprogrammen und im Agrarbereich umfangreiche Maßnahmen vor, die eine **dauerhafte** Ausnahmegenehmigung für Obstalkohol möglich machen, wodurch ein echter Beitrag für den Erhalt von Streuobstwiesen geleistet werden könnte.
3. Die Bundesrepublik Deutschland verwendet heute Zuschüsse in Höhe von jährlich 80 Mio. € zur direkten Beihilfe für ca. 700 landwirtschaftliche Kartoffel-/Getreidebrennereien sowie einer Vielzahl von landwirtschaftlichen und Abfindungsbrennereien und Stoffbesitzern die Obstalkohol herstellen. Für eine Verlängerung des Branntweinmonopols bis 2017 bei gleichzeitiger Fortführung der Ausgleichszahlungen über das Jahr 2017 hinaus müssten im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland 560 Mio. € eingeplant werden. Bei heutigen Preisen für Agrarprodukte, insbesondere für Getreide, ist nicht zu ersehen, warum die landwirtschaftlichen Betriebe, die über ein Brennrecht verfügen, in diesem Maße zusätzlich gefördert werden sollten.

Verband deutscher Alkoholhersteller und Verarbeiter e.V.

4. Der VDAV setzt sich dafür ein, dass die Haushaltsmittel, die zur Zeit für den Erhalt der Kartoffel-/Getreidebrennereien und der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein aufgewendet werden, ab 2010 eingespart werden sollten oder aber im Bereich Forschung und Entwicklung für nachwachsende Rohstoffe, insbesondere Bioethanol, eingesetzt werden sollten. Ferner sollten Abfindungsbrennereien und Stoffbesitzern durch direkte Beihilfen bezuschusst werden und so ein echter Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet werden.
5. Ein weiterer Kritikpunkt des VDAV richtet sich gegen das Verfahren der Beschlussfassung, da weder der VDAV noch andere Marktteilnehmer im Vorfeld zu dem Entschließungsantrag befragt oder angehört wurden. Vielmehr wurde die Vorlage ausschließlich nach Beratung mit der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein und den Brennereiverbänden der monopolgebundenen Brennereien beraten.
6. Der VDAV wendet sich ferner gegen den Beschluss, da eine Fortführung der Ausnahmeregelung nach 2010 auch den derzeitigen unhaltbaren Zustand fortschreiben würde, dass eine Bundesbehörde die mit erheblichen finanziellen Mitteln durch den Steuerzahler subventioniert wird, im Wettbewerb zu freien Alkoholherstellern steht und gleichzeitig mit der Überwachung des Alkoholmarktes in Deutschland betraut ist. Hier sieht der VDAV einen nicht unerheblichen Interessenskonflikt.

Der VDAV vertritt die Interessen der Alkoholherstellenden und –veredelnden Betriebe, die nicht im Rahmen von Brennrechten für das deutsche Branntweinmonopol produzieren, sondern auf dem freien Markt für Ethylalkohol tätig sind. Der Verband ist mit einem gesamten Herstellungsvolumen von über 3 Mio. hl Ethanol der größte Verband der Ethanolbranche in Deutschland.

Hannover, 09.06.2008

Mit freundlichen Grüßen

Verband deutscher
Alkoholhersteller u. Verarbeiter e.V.

Ludz Wilkening